

Presseerklärung



Ein Verkehrswendebündnis aus Darmstadt und Umgebung unterstützt die Forderung nach einem Moratorium zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030

Der „Bundesverkehrswegeplan 2030“ (BVWP) verstößt gegen das Pariser Klimaschutzabkommen (1,5-Grad-Limit), gegen Artikel 20a des Grundgesetzes sowie gegen § 13, Absatz 1 des Klimaschutzgesetzes. Er bricht das Völkerrecht und die Verfassung. So stellt es ein Rechtsgutachten des BUND in Verbindung mit dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgericht zur Frage des Klimaschutzes klar.

Die Organisationen Fridays for Future Darmstadt, Parents for Future Darmstadt und Umgebung, der KV Darmstadt des BUND und der NABU KV Darmstadt fordern daher die zukünftige Regierungskoalition des deutschen Bundestages auf, die Verkehrswende zu einem Top-Thema der anstehenden Koalitionsverhandlungen zu machen.

„Die zukünftige Klimaregierung muss endlich den Straßenausbauwahn, der nachweislich zu immer mehr Verkehr führt stoppen. Nun ist es an der Zeit im Koalitionsvertrag Worte zum Klimaschutz in Ziele und Maßnahmen umzusetzen. Dazu muss auch der Mobilitätssektor entscheidend dazu beitragen“ appelliert Brigitte Martin von der Ortgruppe Darmstadt des BUND an die zukünftige Regierung. "Im Raum Darmstadt geht es hierbei auch um die Vernichtung von Waldflächen durch den weiteren 6-spurigen Ausbau von A5 und A67.

„Die Formulierung im Sondierungsergebnis "Die Einhaltung der Klimaziele werden wir anhand einer sektorübergreifenden und analog zum Pariser Klimaabkommen mehrjährigen Gesamtrechnung überprüfen“ widerspricht dem bestehenden Klimaschutzgesetz, in dem ausdrücklich steht, dass die geforderten Emissionseinsparungen weder sektorübergreifend ausgeglichen noch mehrjährig überprüft werden dürfen.“ sagt Eva Ittmann von Fridays for Future Darmstadt "Ebensowenig dürfen zur Einhaltung der im Klimaschutzgesetz festgelegten Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor (Klimaziel) völlig unrealistische zukünftige CO₂-Minderungen durch den Bahnverkehr und die E-Mobilität gegengerechnet werden" ergänzt Antje Sander von Parents for Future Darmstadt und Umgebung.

Der BVWP samt dem „Methodenhandbuch zum BVWP“ zementiert wortwörtlich ein gescheitertes Mobilitätskonzept des letzten Jahrhunderts für die Menschen, die künftig unser Land bewohnen werden. Durch seine Verwirklichung würde der PKW- und Güterverkehr auf der Straße zunehmen, weitere Grünflächen wie Wälder, Moore und immer mehr Flächen versiegelt werden. Aus diesem Grund muss der BVWP sofort ausgesetzt werden (Moratorium). Es darf kein weiterer Kilometer Autobahn oder Fernstraße gebaut werden, bevor es nicht einen BVWP gibt, dessen Klima- und Naturschutztauglichkeit sowie seine positive Funktion für eine umfassende Verkehrswende im Konsens mit allen wichtigen Umweltschutz- und Verkehrsinitiativen und -verbänden erstellt worden ist.

Das lokalen Organisationen stellen sich deshalb hinter diese Forderung, welche von einigen Mitgliedern aus folgenden Initiativen verfasst wurde: Aktionsbündnis A100 stoppen, Bündnis Verkehrsinitiativen BI Heimat 2030, BI Pro Wald, Danni lebt AG, Lebenslaute Hessen, MobilitätswendeJetzt, NLK - Netzwerk Leverkusen-Köln e.V., Parents 4 Future, United for Bundestag, Wald statt Asphalt

Für Rückfragen durch die Presse steht aus der lokalen Parents For Future-Gruppe Antje Sander unter 0176 – 38463673 zur Verfügung. Ein weiterer Ansprechpartner ist Hans Christoph Stoodt (Lebenslaute Hessen) hcstoodt@gmx.de